

Remberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Auktions-Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preisschritte oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise, Reklamespalt 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesicherter oder durch Fernposten aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— M., das Ausland, unbesagte Postgebühren, Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 12

Donnerstag, den 30. Januar 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

Der neue Leiter der russischen Handelsvertretung in Berlin, Pjabinow, sprach in einer Presseveranstaltung über die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland.

Im Reichstag wurde das Zündholzmonopolgesetz in dritter Beratung angenommen, worauf sich das Haus bis zum 3. Februar vertagte.

In der Frage der Großen Koalition in Preußen ist bisher immer noch nicht die Entscheidung gefallen.

Ein Aufruf des Jungdeutschen Bundes fordert zu einer Parteivereinigung, der völkernationalen Reichsvereinerung, an.

Das Sanierungswert für Kasse und Etat.

Dr. Moldenhauer über die Reichsfinanzen.

Der Reichstag trat am Montag wieder zusammen, um die zweite Beratung des Zündwarenmonopolgesetzes vorzunehmen.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

Nachdem bei dieser Gelegenheit zu einer größeren Rede über die Lage der Reichsfinanzen das Wort ergriffen wurde, wies zunächst darauf hin, daß die deutsche Zündwarenindustrie in ihrem Bestande gefährdet sei, und daß die Garantanten selbst das Monopol dringend wünschten. Für die Genossenschaftsfabriken sei ein betrieblinger Interessenausgleich gefunden. Die Bedingungen der mit dem Monopol verbundenen Anleihe seien nicht ungünstig. Zur Raffinenlage erinnerte der Minister daran, daß er bei seinem Amtsantritt das Finanzprogramm der Regierung, das 900 Millionen Reichsmark Steuerentlastungen wies, und das Gesetz über den Klügelstand in Höhe von 450 Millionen vorgelegt habe. Beide Verpflichtungen sollten erfüllt werden.

Ausdrücklich betonte der Minister aber, daß die Schuldenentlastung das Primäre sein müsse.

Die Voraussetzungen, unter denen die Reichsregierung im Dezember ihr Finanzprogramm vorgelegt habe, hätten sich inzwischen wesentlich verändert. Die Steuerentlastungen seien in einem Maße hinter den Schätzungen zurückgefallen, daß die ursprüngliche Absicht, das Defizit des Jahres 1928 im Jahre 1929 abzubauen, nicht mehr verwirklicht werden könne. Gerade vom Standpunkt der Wirtschaft aus sei auch eine endgültige Vereinigung der Kasse und Raffinenlage ein dringendes Erfordernis. Der Minister gab dann ein reiches Zahlenmaterial, aus dem sich ergab, daß der Kassenbedarf genau wie Ende Dezember auch Ende März rund 1700 Millionen betragen werde. Zur Deckung dieses Kassenbedarfs werde etwa ein Betrag von 90 Millionen Reichsmark fehlen, für dessen Befristung die erforderlichen Verhandlungen eingeleitet seien. Der Minister gab dann noch einen Ausblick auf die Zeit bis Ende September, der sich mit leinen Mittelungen im Haushaltsausblick deckt.

Er betonte zum Schluß, daß die Kreuzer-Anleihe zur Konsolidierung der Kassenlage unbedingt erforderlich sei.

Die Aussprache eröffnete dann der Finanzadjunkt Dr. Herzig, der die Finanzlage des Reiches, das Zentrum würde dabei die wichtige Erkenntnis ergebe, daß im Jahre 1930 von Steuerentlastungen irgendwelcher Art nicht die Rede sein könne, sondern daß im Gegenteil die Einführung neuer Steuern notwendig werden können. Unter Zurücklassung ihrer wirtschaftspolitischen Bedeutung werde seine Partei der Vorlage zustimmen, da es sich um ein Zeilfeld des großzügigen Sanierungswerts für Kasse und Etat des Reiches handele.

Abgeordneter Mengel (DnL) betonte, nicht der Schutz der deutschen Zündwarenindustrie, sondern die Finanznot und die verlorene Kreuzer-Anleihe seien für die Regierung die Triebkräfte zur Einbringung der Vorlage gewesen. Für die deutsche Zündwarenindustrie hat man bestenfalls durch ein Monopol sorgen können durch Hilfe und Einflußnahme gegen die russische Konkurrenz. Die Vorlage sei die Folge der unglücklichen Finanzpolitik der Regierung. Die Deutschnationalen würden das Gesetz ablehnen. Abgeordneter Dr. A. H. R. hält das Gesetz für notwendig, weil das Sperrgesetz sich als unzureichendes Mittel zum Schutz der deutschen Zündwarenindustrie erwiesen habe. Ein weiterer Grund zur Durchführung des Gesetzes sei die schwierige Finanzlage des Reiches. Das Zentrum würde daher der Vorlage zustimmen. Abgeordneter E. n. (Komm.) wirft dem Sozialdemokraten vor, daß die in der Genossenschaftsfrage vor den bürgerlichen Parteien tapferer hätten. Alle Parteien hätten sich zum Kampfe gegen die billigen Sowjetholz erwehrt.

Abgeordneter Dr. Pfeffer (D. Sp.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu der Vorlage in der Ausnahmefallung. Darin liege ein Opfer der wirtschaftlichen Lage. Grundbedingung sei die Volkspartei gegen Monopol. Im Ausschuss seien viele Bestimmungen aber wesentlich verbessert worden. In der jetzigen Fassung sei das Gesetz für die Volkspartei annehmbar. Abgeordneter B. o. r. n. a. n. (M. P.) führt aus, die Vorlage verleihe den Verfallungsgrund der Gleichberechtigung, welche die Konsumvereine dem Einzelhandel gegenüber bevorzugen würden. Demnach könne die Vorlage nur mit Zweidrittelmehrheit Gesetz werden. Abgeordneter F. i. s. h. e. d. (Dem.) hielt gegenüber den Bestimmungen des Sperrgesetzes in der Ausschlußform der

Monopolvorlage eine Verbesserung zu Gunsten des Einzelhandels.

Abgeordneter Rauch von der Baper. Volkspartei stimmt den Vorschlägen der Koalitionsparteien zu und ist — trotz verschiedener Bedenken — für die Annahme der Vorlage, während der Vertreter der deutschnationalen Bauern das Gesetz ablehnt.

Zündholzmonopolgesetz angenommen.

Reichstag bis 5. Februar vertagt.

— Berlin, 29. Januar.

Der Reichstag erledigte die dritte Beratung des Zündholzmonopolgesetzes. Eine große Aussprache gab es dabei nicht mehr. Nur die Deutschnationalen, das Zentrum und die Kommunisten sprachen noch Reden vor.

Der deutschnationale Abgeordnete Hertz beschuldigte sich mit der Kassenlage und nannte die Wünsche des Ministers nicht voll befriedigend. Die Wirtschaft leide mit großer Sorge in die Zukunft. In einer Antwort der Wirtschaft, die die Voraussetzungen für die Durchführung des Finanzplans sei, sei keine Partei nach den Erfahrungen des Ministers nicht die geringste Möglichkeit.

Der Redner des Zentrums, Abgeordneter Schmal, verdeutlichte die Sonderbestimmungen zu Gunsten der Konsumvereine. Von einer Zurückstellung könne nicht die Rede sein. Der Finanzminister habe vielmehr an diesen Bestimmungen selbst ein großes Interesse, weil beim Fortfall der Sonderabgabe der Genossenschaften ein Ausfall von mehr als einer Million eintreten würde.

Die Vorlage wurde schließlich auch in der dritten Beratung angenommen und in der Schlußabstimmung mit 240 gegen 145 Stimmen endgültig verabschiedet.

Sieben Demokraten entzogen sich der Abstimmung. Der Reichstag vertagte sich dann bis zum Mittwoch nächster Woche. In diesem Tage soll die erste Beratung der Baper. Vorkommen ihren Anfang nehmen.

Im einen fühlbaren Mangel abzuhelfen...

Eine neue Partei.

— Berlin, 29. Januar.

Der Hofmeister des Jungdeutschen Ordens, Arthur Wachsen, wendet sich in einem Aufruf an die „Deutschen Volksgenossen aller Stände, Arbeiter, Bauern, Bürger“ und fordert auf zum Beitritt zur „Nationalen Reichsvereinerung“, als deren Ziele u. a. angegeben werden:

„Die V. n. erstrebt die Bildung einer großen Partei der nationalen Erneuerung. Diese Partei soll unabhängig sein von anderen Finanzpartei, darf Klatsch und Offenheit, auch in der Finanzierung, soll der Mandatskammer unmöglich gemacht werden. Die V. n. fordert von dieser Partei ferner Vorkämpfung des Fraktionszwanges, lo daß ehrlich und offen mit dem Parlament und eine Ausschließung der Genossen unmöglich ist. Die Partei soll der deutschen Volksgemeinschaft dienen, sowie gegen Marxismus, plutokratische Vermögenskonzentration und antisoziale Gewinnjagd kämpfen. Die V. n. fordert eine durchgreifende Reform, die an Stelle überholter Ländergesetze die organische Stammesgliederung, sowie eine Wahlreform, welche die Wahl wieder zu einer Vertrauensklärung des Wählers gegenüber der Person des Gewählten machen soll.“

Der Aufruf enthält eine große Anzahl von Namensunterchriften, deren Träger jedoch bisher in der Öffentlichkeit nicht hervorgerufen sind.

Die preussischen Koalitionsverhandlungen.

Eine interfraktionelle Sitzung.

— Berlin, 28. Januar.

Die Verhandlungen über die preussische Koalitionserweiterung sind dadurch in ein neues Stadium getreten, daß nach den geäußerten persönlichen Beziehungen eine interfraktionelle Sitzung der bisherigen Koalitionsparteien unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Braun stattfand. Uebereinstimmung bestand zwischen den Koalitionsparteien, daß die Wiederherstellung der Großen Koalition erwünscht sei.

Uebereinstimmend wurden auch Bedenken gegen die Schaffung eines Ministerpostens ohne Portfeuille zum Ausdruck gebracht. Dieser Gedanke widerspricht dem Sparmaßnahme, der auch für Preußen und für die preussischen Finanzen besteht. Es bleibt zu überlegen, ob nicht die Schaffung eines parlamentarischen Staatssekretariats, das mit einem höheren Beamten, der der Deutschen Volkspartei angehört, besetzt werden soll, politisch und sachlich zweckmäßiger ist.

In der Frage der Belegung des Kultusministeriums erklärten die Demokraten, daß gegen die Person des als Auktuar genannten sozialdemokratischen Abgeordneten König keine Bedenken beständen. Es müßte aber daran, aufmerksam gemacht werden, daß der gegenwärtige Staatssekretär im Kultusministerium Kammer dem tatsächlichen Bekannten im Kultusministerium, König ist indifferent und es müßte gerade bei unklaren kulturellen Gegenständen auf die Interessen der

evangelischen Bevölkerung die notwendige Rücksicht genommen werden.

Wie in politischen Kreisen verlautet, war ein Teil der Zentrumsfraktion des Landtags bereit, sich mit dem Abgeordneten König als Kultusminister abzufinden. In der interfraktionellen Sitzung aber wandte sich, nachdem die demokratische Stellungnahme bekannt geworden war, in Uebereinstimmung mit dieser Stellungnahme der Zentrumsvorredner gegen die vorgeschlagene Belegung. Von sozialdemokratischer Seite wurde der Antrag auf Belegung des Kultusministeriums aufrecht erhalten und die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird über ihre weitere Haltung Bescheid wissen. Von Zentrumseite wurde noch betont, daß die Zentrumspartei nicht bereit sei, einen ihrer drei Ministerposten aufzugeben.

Die preussischen Ministerkessel...

Weitere Beratungen über die Große Koalition.

— Berlin, 29. Januar.

Im Preussischen Landtag gehen die Beratungen über die Bildung der Großen Koalition weiter. Es hat nicht den Anschein, daß schon in den nächsten Tagen eine Lösung gefunden wird.

In der Sitzung der Deutschen Volkspartei sieht man das Angebot des Handelsministeriums und des Postens eines Ministers ohne Portfeuille als keine geeignete Grundlage an, die der Volkspartei ein ermöglicht, in die Regierung einzutreten.

Die Zentrumsfraktion des Landtages beschuldigte sich mit der Stellung, die sie zu der weiteren Beratung des Haushaltes einnehmen will. Es wurde auch die Koalitionsfrage besprochen, ohne daß der Bescheid gefaßt wurde. Die Beratungen über diese Frage sollen fortgesetzt werden.

Dr. Hertz hatte zum Ausdruck gebracht, daß angelehnt der Tatsache, daß für die Demokraten der sozialdemokratische Abgeordnete König als Kultusminister nicht tragbar sei, der Abgeordnete König auch für das Zentrum nicht mehr in Frage kommen würde. Vielmehr sei für diese Stellung des Zentrums der Gedanke, daß beschuldigte Minister des evangelischen Volksteiles Berücksichtigung verdienen.

Da die Minister des Zentrums durch einen katholischen Staatssekretär ihre Vertretung finden, müsse man Schritt über Schritt im übrigen war in der interfraktionellen Besprechung weiter erklärt worden, daß das Zentrum auf die Forderung, einen Ministerposten aufzugeben, nicht eingehen könne.

Auch in der Sitzung der Sozialdemokraten wurde ein Bescheid nicht gefaßt. Offenbar will man es dem Ministerpräsidenten Dr. Braun überlassen, einen geeigneten Weg vorzuschlagen, der aus den Schwierigkeiten herausführt. Es wurde des weiteren die Frage erörtert, angelehnt der Haltung der Demokraten eine Regierungsbildung ohne Sozialdemokraten sich ermöglichen läßt, lo daß in der Regierung nur Zentrum, Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei vertreten sind. Man dürfte jedoch nicht verfehlen in der Annahme, daß die Volkspartei für diesen Vorschlag taum zu haben ist.

Preussischer Landtag und Saarger Abkommen.

Berlin, 29. Januar. Im Preussischen Landtag wurde bei

Abschließungen zum Bergbauvertrag neben einer Reihe von Vorschlägen auf Hebung des preussischen Bergbaues insbesondere auch der Antrag angenommen, der das Staatsministerium ersucht, bei den Verhandlungen über die Rückgabe des Saargebietes mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die Saargeruben und die dortigen Kohlenfelder ungeschmälert in den alleinigen Besitz Preußens und Bayerns zurückgelassen und daß die berechtigten Interessen der Bergarbeiter ausreichend gewahrt werden. — Annahme fand auch ein Antrag auf Wahrung der Belange des preussischen Bergbaues bei dem Abschluß des Handelsvertrages mit Polen und auf Beschränkung des polnischen Einfuhrkontingents auf ein Maß, das den schwerleidenden schlesischen Kohlenrevieren die wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten sichert.

Bayerische Volkspartei und Saager Abkommen.

Berlin, 29. Januar. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei verhandelte in Gegenwart des Ministerpräsidenten Dr. Held, des bayerischen Finanzministers Dr. Schmiele, des Reichspostministers Dr. Schägel und des Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, Schäffer, eingehend über das Saager Abkommen, ohne daß bindende Beschlüsse gefaßt werden wären.

Eine norwegische Gruppe der Panuropa-Bewegung.

D Oslo, 29. Januar. In Oslo wurde eine norwegische Gruppe der Panuropa-Bewegung gegründet. Die Neugründung gliedert Orientierung über die Panuropa-Bewegung und der ihr verbundenen Bewegungen. Gleichzeitig soll sie den norwegischen Standpunkt für diese Bewegungen bestimmen. Zum Vorsitzenden der Gruppe wurde Fritz Nansen, zum zweiten Vorsitzenden Ministerpräsident Monheim gewählt.

Haag und Zentrumsparlei.

Sitzung des Reichsparteivorandes.

Berlin, 28. Januar.

Der Reichsparteivorand des Zentrums trat im Reichstag unter dem Vorsitz des Prälaten Raas zu einer Sitzung zusammen, in der Reichsminister Dr. Wirth einen eingehenden Bericht über die Haager Ergebnisse erstattete. Nach kurzer Aussprache, an der sich auch der Reichserziehungsminister Dr. Schuler und der Fraktionsvorführer Dr. Brüning beteiligten, wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Der Reichsparteivorand sprach dem Minister Dr. Wirth und den anderen Ministern der Zentrumsparlei den Dank der Partei aus für ihre unermühtlichen Bemühungen, eine den politischen Auffassungen des Zentrumsparlei entsprechende, den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes Rechnung tragende Lösung der im Haag zur Beratung liegenden Fragen zu finden.“

Im weiteren Verlauf der Aussprache wurden dann hauptsächlich die wirtschaftlichen und finanziellen internationalen Ausweisungen der Haager Beschlüsse erörtert. Es fand eine Entschließung Annahme, die die Zusammenarbeit auf die schwerigen Verhältnisse in den Grenzgebieten im Osten und Osten lehnt und eine tatkräftige systematische Grenzlandförderung verlangt.

Zur Saarfrage

erwartet der Parteivorand die zeitliche politische und wirtschaftliche Rückgliederung des Gebietes in den Verband des Reiches, Preussens und Bayerns.

Die Verhandlungen über die Zukunft des Saarbergbaues sind so zu führen, daß die Gruben einschließlich aller erschlossenen und nicht erschlossenen Kohlenfelder in den uneingeschränkten Besitz des preussischen und bayerischen Staates gelangen.

Wirtschaftsbeziehungen zu der UdSSR.

Pressebesprechung bei der russischen Handelsvertretung.

Berlin, 29. Januar.

Der neue Leiter der russischen Handelsvertretung A. E. Rubimow, der gleichzeitig stellvertretender Volkswirtschaftsminister für Außen- und Innenhandel der UdSSR ist, stellte sich in einer Besprechung der deutschen Presse vor.

Herr Rubimow führte in seiner Rede aus, die Industrialisierung Russlands erfordere eine bedeutende

Einfuhr von industriellen Ausrichtungen,

Rohstoffen und Halbfabrikaten. Diese Industrialisierung werde eine Erweiterung der Einfuhr und nicht eine Beschränkung, wie häufig behauptet werde. Es weiter der Prozess der Rekonstruktion und der technischen Neuausstattung der russischen Industrie fortgeschritten, umso größer werde die Notwendigkeit der Anwendung vollkommenerer Maschinen, Präzisionswerkzeuge, Apparate und sonstiger technischer Bedarfs.

Deutschland stehe an erster Stelle in der Sowjetunion.

Es habe großes Interesse für die Antinipung und Verfertigung der Verbindung mit der russischen Außenhandelsorganisation gezeigt und genügend Erfahrungen in der Zusammenarbeit gesammelt. Einige deutsche Wirtschaftskreise hätten sich bisher noch nicht mit dem System des russischen Außenhandelsmonopols abgeben können, das sei aber umgänglich notwendig zur Weiterentwicklung der Beziehungen. Auf einzelne Fragen eingegangen, stellte Herr Rubimow fest,

die einzige Aufgabe der Handelsvertretung sei, Handel zu treiben,

und er befrichte jede politische Ansicht der Handelsvertretungen. Es komme auch jetzt eine Reorganisation der Handelsvertretungen in Frage, London besitzte eine Nationalisierung. Auch die Handelsvertretungen in den anderen Ländern könnten genau wie die deutsche im Zeichen der Nationalisierung. Gerichte über den Ausbau der Tätigkeit der russischen Handelsgesellschaft in Deutschland hingen hauptsächlich mit der Tatsache zusammen, daß er, der letzte Vize, gleichzeitig stellvertretender Volkswirtschaftsminister für Außen- und Innenhandel, und daher in der Lage sei, auf die Tätigkeit der Handelsvertretungen in den anderen Ländern einzuwirken.

Des Freundes Schuld und Sühne.

Original-Roman von Ludwig Beeger.

„Wilhelm Hartung! — Oh, das ist großartig!“ rief Otto in freudiger Bewegung aus, und seine Knie stiegen in das saftige, knochige Gesicht. „Abholen wollte er mich? — Da ist es ja unverantwortlich von mir, daß ich bereits in Badenweiler ansetzte. — Nun hat er den Weg nach der Talstube faststellen lassen gemacht. — Aber das wird sich finden. — O Gott, ich bin in der Tat ganz herunter gekommen. — Es war nicht leicht die letzten Wochen im Gefängnis. — Wo ist denn der Vater?“

„Erst jetzt nahm Gretchen ebenfalls wahr, wie verändert der Bruder aussah.“ — Dieses nervöse Juden um den Mund, die unruhigen, flackernden Augen. — „Raum erkannte man ihn wieder. — Wilhelm hier!“ sprach er nun wie geistesabwesend zu sich selber. „Das ist wie eine Fügung des Himmels. Gerade nach diesem Menschen hatte ich so große Sehnsucht. Er hat mir gefehlt! — Aber“ wandte er sich dann mit felsamer Hast wieder an Mutter und Schwester. „Kar! ist auch du — der Wirtin?“

„Wahrlich es mir. — Er will hier in der Halle bleiben und ich hier in der Halle.“ — „Davon bin ich keineswegs erbaut, denn dieser Wirtin ist mir im höchsten Grade unympathisch. — Ich kann mir nicht denken, daß er seinen Reichtum auf erbliche Weise erworben hat.“

„Dito, bedenk, was du sprichst!“ fiel die Mutter ihm entrüstet ins Wort. „Kar! wird dir gewiß gefallen, wenn du nur eine halbe Stunde mit ihm zusammengekommen bist. Er hat sich vollständig verändert, ist die Lebenswürdigkeit sehr und erfreut sich schon heute allgemeiner Beliebtheit.“ — „Doch, er hat mich nicht!“ — „Komm vor allem ins Haus, daß du etwas Warmes in den Magen kriegst. — Die Eierchen stehen schon seit einer Stunde für dich bereit, mein Sohn! — Du mußt recht langsam gegessen sein, denn der Zug war doch um halb sechs Uhr in Badenweiler.“

„Da es ging langsam,“ erwiderte Otto zertrübt. „Ich traf Beeger. — Suh, wie bin ich ermüdet!“ — „Wirst dich

Schwierigkeiten — aber Zuversicht!

Die Verhandlungen der Londoner Glattkonferenz.

London, 29. Januar.

Die bisherigen Meinungsverschiedenheiten in der Frage, ob die Konferenz auf der Grundlage der Festlegung einer Gesamttonnage für die einzelnen Länder oder der Festlegung von bestimmten Quoten für die einzelnen Schiffsklassen weiter geführt werden soll, bestehen trotz der bereits festgelegten Annäherung zwischen England und Frankreich fort.

Doch Frankreich Festlegung einer Gesamttonnage an dem Festhalten innerhalb der einzelnen Klassen wünscht, das es bisher vermeiden, in Beantwortung des Fragebogens des Generalsekretärs, Sir Maurice Hanley, eine bestimmte Zahl zu nennen, die durch ihre Höhe bereits zu einer wesentlichen Vermehrung der Schwierigkeiten der Konferenz führen könnte.

Den Japanern ist es darum zu tun, die Bewaffnung für Hilfskreuzer auf Sechshund-Geschütze zu begrenzen und die Möglichkeit zu vermeiden, derartige Schiffe als Flugzeug-mutterfähige zu verwenden. Im amerikanischen Lager sind die Erwägungen offenbar nicht ganz einheitlich und die früher gefasste Entscheidung Japan für die Klasse der 10.000-Tonnen-Kreuzer eine Quote von 6,5 bis 6,6 im Verhältnis zu Amerika zuzugestehen, soll nur in dem Präsidenten Hoover und Staatssekretär Stimson ihre Befürworter gefunden haben, während von den anderen Mitgliedern der Abordnung an einem Stimmverhältnis von 10 : 6 festgehalten wird.

Natiens Förderung auf Festlegung der Verhältniszahl für die einzelnen Schiffsklassen wird gegenwärtig nicht nur von Frankreich, sondern auch von England und den Vereinigten Staaten befehligt, wie überhaupt die taktische Stellung der Italiener offensichtlich etwas schwächer geworden ist. Trotz der nunmehr langsam stärker in den Vordergrund rückenden Schwierigkeiten in den einzelnen Fragen wird in den verschiedenen Wordnungen ein zuversichtlicher Ton gemahrt.

Das französisch-schweizer Protokoll.

Zum Rheinregulierungswert Basel — Straßburg.

V. Basel, 29. Januar.

Der schweizerische Bundesrat veröffentlichte den Inhalt des mit Frankreich abgeschlossenen Protokolls über das Rheinregulierungswert Basel — Straßburg.

Kafer den bereits bekannten Abänderungen finanzieller Art, wonach Frankreich nach Ablauf von drei Jahren für die Unterhaltung des regulierten Rheins auf seinem Ufer im Durchschnitt 10.000 französische Franken für den Kilometer trägt und nach Überzgang des letzten Regulierungsabschnittes an die unterhaltungsrechtlichen Verantwortungen für den vollen Unterhalt auf seinem Ufer folgt, wurde auch über die Erhöhung der Rheinbreite von Straßburg nach auf das notwendige Maß eine Einigung erzielt. Die endgültige Entscheidung steht dem Rheinregulierungsausschuß zu und wird im Laufe der nächsten Sitzung getroffen werden. Der schweizerische Bundesrat hat dem Protokoll mit Frankreich zugestimmt.

Da aber der Vertrag mit Deutschland über die Rheinregulierungsgesetze der Volksentscheidungsanstalt unterliegt, ist im März abzuwarten und da auch der Deutsche Reichstag noch der heutigen Besetzung zugestimmt hat, so tritt die Vereinbarung mit Frankreich erst nach diesen Terminen in Kraft.

Ablehnung des Berliner Nachtragsetats.

Die Vorschläge des Magistrats zur Deckung des Nachtragsetats sind vom Hausparlament der Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Danach kommt eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer einstweilen nicht mehr in Frage.

Auch im Moment erhebt eine Annahme der Magistratsvorschläge auszufälliges, und somit dürfte dem Magistrat nichts anderes übrig bleiben, als von neuem die städtischen Tarife zu erhöhen.

Wie übrigens verlautet, hat Oberbürgermeister Böhm nunmehr sein Demissionsgesuchen dem Magistrat zugehen lassen. Er knüpft an keinen Rücktritt die Bedingung, daß ihm seine Pension bewilligt wird. Das gegen ihn schwebende Disziplinarverfahren wird durch diesen Schritt nicht berührt.

Aus der Heimat und dem Reich.

Kernberg, den 29. Januar 1930

— **Rechtsentscheidung des Kammergerichts in Mieterstreitigkeiten.** Folgende Rechtsentscheidung des Kammergerichts in Mieterstreitigkeiten sind von Interesse: 1. Ist für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit ein Mietzins vereinbart, der sich beim Eintritt einer Bedingung ändern sollte, und ist diese Bedingung am 1. Juli 1914 noch nicht eingetreten, so ist nur der überändernde Mietzins als Friedensmiet im Sinne des § 2 Absatz 1 des Reichsmietengesetzes anzusehen. 2. Werden Gebäude oder Gebäudeteile nach dem 1. Juli 1914 zu wesentlich anderen Zwecken verwendet, so ist die Neuvermietung der Friedensmiet (§ 2 Absatz 4 des Reichsmietengesetzes) nur zulässig, wenn die Verwendung des Zweckes auf einer ausdrücklich oder stillschweigend vereinbarten Veränderung des Vertragsinhalts beruht.

— **Wichtige Entscheidung des Reichsverkehrsamtes.** Das Gesetz über Bestrafungen in der Straßendenkmalerung vom 1. Juli 1914 ist durch das Gesetz vom 1. Juli 1929 an einen Anpruch auf Hinterbliebenen für Sorge auch den bisher hiervon ausgeschlossenen Hinterbliebenen solcher Verstorbener, die vor dem 1. Januar 1912 verstorben sind. Es war bisher zweifelhaft, ob diesen Hinterbliebenen der Anpruch auf Fürsorge auch dann zusteht, wenn ihnen auf Grund der früheren Bestrafungen die Fürsorge für den Verstorbenen entzogen worden ist. Das Reichsverkehrsamt hat in einer Revisionsentscheidung vom 20. Januar 1930 (Ia 5879/29) die Frage grundsätzlich dahin entschieden, daß durch die Erstattung der Beiträge der Anpruch auf Hinterbliebenenfürsorge nicht ausgeschlossen wird.

— **Kräftiges.** Die Wibelstuden finden von jetzt ab für den Rest des Winters in der Propstei statt, erstmalig am Freitag, den 29. ds. Mts., abends 8 Uhr. Es ist beabsichtigt, die Wibelstuden in jeder Woche Freitag zu halten und zwar über das heilige Vaterland in fortlaufender Erklärung. (Siehe auch fröhlische Nachrichten.)

— **Auszeichnung.** Auf der Ausstellung der „Grünen Woche“ in Berlin wurde die Mutter der Dampfmolkerei Kernberg G. & Co. mit dem ersten Preise ausgezeichnet.

— **Der Haus- und Grundbesitzer-Verein** beschäftigt sich nach Erhaltung des Klassenbesitzes in seiner Generalversammlung mit der vom Herrn Landrat angeordneten Klammervergütung. Nach Einrichtungsbeschlüssen in das Fort- und Landbesitzerfest steht dem Landrat nur der Ersatz einer Polizeiverordnung zur Verfügung von Lindeleier zu. Aus dem Gesetz ergibt sich aber nicht die Berechtigung der Übertragung an eine bestimmte Firma. Gegen diese soll weiterer Protest eingereicht werden, denn die kurze Einspruchsfrist von 3 Tagen läßt keine Möglichkeit zu, den Einspruch zu erheben, da die ortsübliche Bekanntmachung in der Zwischenzeit nicht erfolgen kann. Genau wie der Bürgerverein hat auch der Hausbesitzer-Verein nach Bekanntmachung in der Kernberger Zeitung Einspruch erhoben. Interessant waren die beiden Antworten des Herrn Landrats. Ein Einspruch hat von jedem Hausebesitzer selbst direkt zu erfolgen. Der Einspruch des Bürgervereins ist nicht maßgebend, weil der Bürgerverein auch Mitglieder hat, die nicht Hausebesitzer sind, der Einspruch des Hausebesitzer-Vereins wurde nicht anerkannt, weil nicht alle Kernberger Hausebesitzer Mitglieder des Vereins sind. Der Verein beschließt weiteren Protest zu erheben. Bei der Vorstandswahl wurden sämtliche Vorstandmitglieder wiedergewählt. Unter dem Punkt Verdingen wurden mehrere Mietangelegenheiten besprochen, die beim Mietungsausschuß anhängig sind. — Die nächste Versammlung findet bei Ernst Wachmann statt.

— **Ein Bild-Weiß-Film von Klasse.** Fred Thomon, der Reiterheld, hat ein neues Kularenstück auf seinem vielberühmten „Silberfalken“ geritten. Es handelt sich um ein vielverheißendes „Ein Wandt von Ehr“ und gehört zu den atemberaubenden, packenden Erlebnissen des Abenteuerfilms. Fred Thomon ist einer der größten Abenteuerdarsteller der Welt. Derselbe filmte der herrliche Reiter für die Paramount und mit dem gigantischen Material der größten Firma hat er den faszinierendsten und schönsten Film seines Lebens geschaffen. „Ein Wandt von Ehr“ wird vom Blauen Sockt herausgebracht und am Sonntag zu sehen sein.

brauche ich Karl nicht schon heute zu begrüßen. Er ist mir nun einmal zuwider, dagegen läßt sich nichts machen. — So ein niedriger Charakter ärgert mich normals. — Gretchen, hoffentlich hat der Abenteuerer nicht ein Auge auf dich geworfen!“

Ein erzwungenes Rauchen war die Antwort, und gepfeift stieß die stöhnig Verlegene hervor: „Bruderherz, ich habe scharfe Augen.“

Nun lag man in dem traumlichen Stübchen, und Mutter und Schwester sorgten in zitternder Weisheit für des Feingehörten schickliches Wohl. — Wie seine Finger zitterten, während er aß! — Und dieses Unstete in seinem Bild! Ach, er mußte über und über nervös sein, der arme Junge. —

Da erschienen auch Vater Normann und Wilhelm, die Otto heute vergebens auf der Talstube Haltestelle erwartet hatten. Umso größer war ihre Freude, ihn bereits dabei anzutreffen. Doch auch sie waren betroffen über sein schlechtes Aussehen. Mörzen wollte er ihnen ausführlicher erzählen. Heute schinte er sich nach Ruhe. — Er wünschte darum allen eine gute Nacht und bog sich auf sein Zimmer. —

Auch Wilhelm ludte bald sein Oberstücken auf, da er nicht mehr darauf hoffen durfte, heute noch ein paar Minuten mit Gretchen allein zu sein. Kaum hatte er jedoch sein Zimmerlein betreten, als die Tür aufgeworfen wurde und Otto hereintrat, an allen Gliedern bebend, geisterhaft bleich. — Wilhelm, ich muß nach dem Schicksal. — Ich bin herbeiger, bist an den Freund herantretend. — Der Himmel hat es gefügt, daß wir uns gerade hier in meinem Vaterhaus wieder sehen sollten. Du warst mir immer ein wahrer Freund, schon auf der Schulbank. Wir hielten in Freund und Leib wie Brüder zusammen. Darum komme ich auch jetzt in meiner Verzweiflung zu dir, um dich um Hilfe und Rat anzuflehen. — Für das Schicksal. — Schicksal habe ich gemacht. — Spielball. — Aber bist, unterbrich mich nicht. — Ich sage dir die volle Wahrheit; du darfst mir jedes Wort glauben. — Um einen größeren Betrag handelt es sich. — Binnen vierundzwanzig Stunden müßte die Summe ausgezahlt sein. — In meiner Bedrängnis griff ich in die Geldkassette ein. — Die Verladung war ja so groß.

Ein Freund wollte mir das Geld in einer Woche beschaffen. Sein Ermordet gab er mir darauf. Was darin würde niemand das Fehlen des Betrages merken. — Nun aber liegt dieser Mensch mit treulos im Stroh, und ich beichte mein Vergehen unserem alten Ratgeber Schröder. — Er will schweigen, wenn ich ihm das Geld binnen drei Tagen überbringe. — Länger vermag er die Sache nicht zu vertuschen, denn der Prinzipal kehrt gleich nach dem Fest von seiner Reise zurück. — Befehle dich in meine Lage, alter Junge. — Aber ich muß dir noch etwas anerkennen: Seit Eltern bin ich heimlich mit der Tochter eines sehr achtbaren Handwerksmeisters verlobt. — Ich liebe meine Eva leidenschaftlich und würde in wenigen Monaten glücklicher Ehemann sein, wenn — ja, wenn der Spielteufel mich nicht in meine Klauen bekommen hätte. — Dem alten Schönbrunn so heißt der Vater meiner Braut — darf ich von meiner Verlobung natürlich nichts sagen, denn das könnte die Aufhebung der Verlobung zur Folge haben. — Und mein guter Vater? — Dir ist wohl bekannt, daß er selber nicht weiß, wie er seinen Gläubigern gerecht werden soll. — Er kann also nicht helfen, darf auch nichts von meiner Not erfahren, denn das könnte zu einem völligen Bruch zwischen ihm und mir führen.“

Er machte eine Pause und holte tief Atem. — Wilhelm schaute ihm mit dem Ausdruck ehrlicher Anteilnahme an und hörterte: „Das ist ja furchtbar, Otto! — Ich weiß wirklich nicht, was du zu tun wärst! — Wenn du verlustest, deine Tante Anna in Badenweiler.“

„Unmöglich!“ schnitt der Unglückliche das Wort ab. „Ich war ja bereits in ihrem Hause. Nur deshalb stieg ich in Badenweiler aus und verarmte mich dort solange. — Die Tante ist seit einer Woche verreist und kehrt erst Ende des Monats zurück. — Außerdem gilt sie mit Recht für sehr geizig; das hat mein Vater zur Genüge erfahren. — Nur Einer kann mir helfen, und der Eine bist — du, Wilhelm. Du bist dazu in der Lage, und du — wirst es tun. — Ach, wäre dein Vater daheim, so würde ich mich an ihn gewandt haben. Aber ich hörte schon unterwegs, daß er einen Kollegen vertritt.“ — (Gott! folgt.)

Mittenberg, 27. Januar. Ueber die auf der Elbe verübte Mordtat berichtet das „M. Tgl.“: Eine furchtbare Mordtat hielt am gefrigen Sonntag die Gemüter in begrifflicher Aufregung. Der 28 Jahre alte verheiratete Zimmermann Hermann Gleichbaum aus Labeh unterliegt mit der 29jährigen Hedwig Dammüller aus Garpau, Kr. Auerberg, die bei einem Gemüsegärtner in der Elstertalstraße in Friedrichshaf in Stellung war, ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Vermutlich wollte sich Gleichbaum der für ihn daraus entstehenden Konsequenzen entziehen und griff dabei zum Mord. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag warf er seine Geliebte von der Brücke aus in die Elbe und verschwand unerkannt. Als er, um aller Wahrscheinlichkeit nach die Spuren des Tat vorausgegangenen Ringens zu entfernen, an die Mordstelle zurückkehrte, wurde er von einem Beamten der hiesigen Schutzpolizei verhaftet und zur Wache geführt, wo er auch nach stundenlangem Verhör durch die Herren Kriminalsekretär Matthias, Landjägermeister Bape und Landjäger Klippe die Tat eingestand. Gleichbaum habe sein Opfer gegen $1/8$ Uhr zu einer Motorradfahrt abgeholt, war mit ihr nach Schornitz gefahren und hatte dann gegen $1/12$ Uhr auf dem Nachhausewege auf der Elbrücke sein Rad zum Stehen gebracht. Am zweiten Bogen warf er dann die unglückliche Dammüller in die Elbe. Dem Mord war ein heftiges Ringen vorausgegangen. Denn die am Tatort festgestellten Spuren ergaben dies zur Genüge. Außerdem hatte das Mädchen mehrfach um Hilfe geschrien und „Meine Mutter“ gerufen. Ob der Mörder erst sein Opfer ermüdet oder erschlagen hat, weiß man noch nicht, da die Leiche der Dammüller noch nicht gelandet ist. Nach der Mordtat ist Gleichbaum nach Hause gefahren und, nachdem er sich umgezogen hatte, wieder an die Mordstelle zurückgekehrt. Beim Verzicht, die Spuren zu verwischen, wurde er verhaftet. Man brachte den Mörder nach dem Verhör in das Amtsgerichtsgefängnis. Der Tatort wurde von der hiesigen Polizei und der Landjäger Bratau gefahren mittags besichtigt und fotografiert. Die unterrichtenden Behörden haben nunmehr eifrig nach der Leiche der Ermordeten, die 1,58—1,60 Meter groß ist, eine mittelstärkige Figur mit stark entwickelter Wüste besitzt und einen dunkelblonden Hutspitz trägt. Das Gesicht ist rund und voll. Bekleidet war die Dammüller mit einem rotbraunen Mantel, dessen Kragen mit wenig weiß-schwarzem Pelz besetzt ist, roten Strümpfen, dunklen Hosen und leichten blauen Sandalen. Die Behörden bitten darum, bei einer eventuellen Landung der Leiche diese mit größter Vorsicht zu behandeln, da man verfallen will, die Dammüller schon vor dem Hineinwerfen in die Elbe getötet worden ist oder nicht. Außerdem wird ein sogenannter Franzosenkissel vermehrt, dessen Fäden geben wird, denselben bei der kriminologischen Untersuchung der Landjäger Bratau abzugeben. Jedem welche Mitteilungen über die Mordtat nehmen die beiden vorstehenden Behörden entgegen.

Schneeberg. Einen für ihn wahrscheinlich nicht so ganz harmlos verlaufenden Dummungensstreich vollführte dieser Tage der 16jährige Schneiderlehrling Wendel hier. Der junge Mann, der schon oft „über die Stränge gehauen“, glaubte sich dadurch Geld verschaffen zu können, daß er einer hiesigen Witwe einen Drohbrief suchte, in dem er sie aufforderte, an einer bestimmten Stelle in der „Angerstraße“ einen Brief mit hundert Mark niederzulegen, widrigenfalls es ihr ans Leben gehen würde. Auch warnte er vor Weitergehen des Briefes an die Polizei. Die Polizei wurde von der Briefempfängerin aber doch benachrichtigt. Man legte an die bewusste Stelle einen Brief mit Inflationsgeld und der junge Mensch holte sich wirklich den Brief, wobei er natürlich beobachtet und verfolgt wurde. Nun wird sich wohl das Jugendgericht mit ihm — einem Fäulorgelöding — beschäftigen.

Breßlitz, 27. Jan. Spurlos verschwunden ist hier seit acht Tagen der 18jährige Helmut Wolnberg aus Kirchsteig bei Zeitz. Der junge Mann trat am 17. Januar aus seiner Heimat hier ein, um als Schweißer in die Lehre zu treten, und schon feit Mittag anderen Tages ist er nicht wieder gesehen worden. Da die Eltern des Vermissten dem Lehrherrn am Sonnabend, dem 25. Januar, schrieben, daß ihr Sohn sich dort nicht eingefunden habe, ist der Verfall der Polizei gemeldet worden. Das Verschwinden ist um so unerklärlicher, weil doch der junge Mensch gut gefreut haben soll, daß er eine Lehrstelle gefunden habe. Der Vermisste ist mit einer braunen Mantelfeile, einem blauen Jackett, einer blauen Mütze und mit Arbeitschuhen bedeckt. Seine übrigen Sachen hat er hiergefallen.

Halle, Zwanzig gegen Einen. In der Nacht wurde in der Großen Waldstraße ein Angehöriger der halleischen Sängerschaft „Friederica“ von einer Horde von 20 Kommunisten überfallen. Mit Messern und Totschürfern bearbeiteten sie den Studenten so lange, bis er blutüberströmt zusammenbrach und liegen blieb. Der Krieger des Verfalls war völlig erschlagen und das ganze Gesicht verlor. Der Verletzte wurde sofort dem Krankenhaus zugeführt, wo eine kühnere Operation vorgenommen werden mußte. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Halle, Ein drittes „Leig“ Paar. Bekanntlich hat die Reichsbadredaktion Halle (Saale) ab 5. August 1923 die Verträge über den Bau eines neuen Badehauses in der Großen Waldstraße durch Einlegen sogenannter Leig (Leichter Güterzüge) von Zeitz nach Berlin und Halle (Saale) eingerichtet. Die Einrichtungen haben sich bewährt. Es vertritt deshalb jetzt ein neues (drittes) Leigpaar von Zeitz nach Göttingen über Halle — Nordhausen und zurück, das in Nordhausen Anschluß an ein Leigpaar nach und von Kassel hat.

Berlin (Weimar). Die Weimar-Bauarbeiten sind über die Weimar-Bauarbeiten 1923 hinaus, die vor sieben Jahren vollständig erneuert wurde, befindet sich in einem reparaturbedürftigen Zustande. An verschiedenen Stellen weist die Brückendeckel Lücken auf. Kürzlich mußten bereits Reparaturen am Holz vorgenommen werden. Infolge des starken Anstrahlungsverkehrs im Kaltegebiet mußte sich die Brücke sehr schnell ab. Dieser Tage fand eine Besichtigung durch den Bauamt statt. Es herrscht im Interesse des Verkehrs und einer sparsamen Finanzwirtschaft liegen, daß sie durch eine Eisenbrücke ersetzt wird.

Berlin. Aufführung der mynerischen Entführung. Bekanntlich wurde aus einer Schule in der neunjährige Sohn des Zimmermeisters Maichte von einer unbekanntem Frau abgeholt und im Auto entführt. Durch die Zusammenarbeit der Zeitschrift und der Schmeriner Polizei ist es gelungen, die Entführung aufzuklären. Der Junge wurde in der Nähe von Sagenon in Schmeirin ermittelt. Dagegen gelang es noch nicht, die Entführerin zu verhaften.

Groß-Siebershitz. In Förderlitz zerquetscht. Bei Reparaturarbeiten am Förderlitz auf Schacht V wurde der 30jährige Zimmermann Ademann aus Giersleben vom Förderlitz zerquetscht. Ueber eine Stunde dauerte es, bis man ihn aus dem Holz herausgelagert hatte. Dem Verunglückten mußte der rechte Arm amputiert werden.

Weyernsburg. Einbrecher im Schloß. Beim Baron Kröbber von Wilton wurde ein Einbruch verübt. Die Einbrecher stahlen wertvolle Silbergegenstände und konnten unerkannt entkommen.

Kayna. Einbrecher an der Arbeit. Dieser Tage wurde im Bahnhofgebäude eingebrochen. Die Täter drangen mit Nachschlüsseln durch den Wartesaal in den Büroraum und durchwühlten sämtliche Behälter. Gestohlen wurde nichts, da es jedenfalls nur auf Geld abgesehen war. Einige Stunden später wurde verübt, bei einem 47-jährigen Arbeiter. Die Einbrecher wurden verhaftet. Auch im benachbarten Jettiviertel war in derselben Nacht verübt worden, mit Nachschlüsseln in den Gasthof einzubringen.



Deutschlands erster ordentl. Professor für Gartenbau. Generaldirektor Maurer, der Leiter des L. Späth'schen Gartenbauunternehmens, wurde zum ordentlichen Professor für gärtnerischen Pflanzenbau an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin und zum Direktor der Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau in Berlin-Dahlem ernannt. Maurer ist der erste Ordinarius für Gartenbau in Deutschland.

Camburg. Stadtratsitzung wegen Sturm geschlossen. Der Stadtratsitzung lag ein erneutes Gesuch der Erwerbslosen um Unterstützung vor. Belonders verlangten sie alle 14 Tage einen halben Zentner Kartoffeln. Die Ausführungen des Sachvertrandes und Stadtrates über die mögliche Finanzierung der Stadt wurden vom Zuschauerzimmer aus mit lautem Lärmen beantwortet. Als die Hauptredner nicht zu bewegen waren, Ruhe zu halten oder die Sitzung zu verlassen, wurde sie vom Vorsitzenden kurzerhand geschlossen.

Reisdorf. Rindbruch Zufall gerettet. Durch eine Guttat wurde wieder ein Wunder vor großen Unglück eine Familie unweit dieses Ortes bemerkt. Ein durchwundener oder ein Mann stürzte um ein Grotz Brot. Der Vater, obwohl selbst nicht begütert und kinderreich, geht hinaus in die Küche, um ihm ein Stück abzuheben. Wie er hereintritt, sieht er seinen neunjährigen Jungen am Fenster hängen. Er hatte mit seiner kleinen Schwester am Fenster gespielt und sich im Spiel einen Nieten um den Hals gelegt und das andere Ende am oberen Fensterbalken befestigt. Nun ist er maßlos erschrocken und langsam vollkommene Hellsamkeit. Der Vater rief ihn sofort hoch, während die hirnleisende Mutter die Schlinge löste. Es war die allerhöchste Zeit, und nur durch die unermüdlichen Bemühungen zweier dortumtörender Einwohner, die sofort bis zur Ankunft des Arztes künstliche Atmungen machten, ist es gelungen, das Kind wieder ins Leben zurückzurufen.

Mauschwitz. Das verschwindende Dorf. Das benachbarte Dorf Rußendorf ist dem Untergang geweiht, denn immer näher rückt der Braunkohlenbergbau seine Kreise. Tiefe Tagebaue und hohe Halden umgeben das Dorf von allen Seiten. Sämtliche Anwesen sind von den Leinhardt-Braunkohlenwerken aufgekauft worden und in nächster Zeit wird das letzte Haus von Rußendorf abgetragen sein und das Dorf vollständig zu bestehen aufgehört haben. Ein Aufbau an anderer Stelle wird nicht erfolgen, vielmehr werden die hiesigen Scholle herabstürzen, die ihren Besitz erst nach hartem Kampfe hergegeben haben, sich in anderen Orten ansiedeln müssen.

Mauschwitz. Langjährige Selber. In der Domäne Weidenhain fuhr der Viehtransportwagen einer Firma in den Straßenverkehr. Dabei wurde ein Teil der Vorne herausgeschleudert. Es fanden sich auch einige Vorne, die den Wagen wieder aufrichten halfen, so daß er seine Fahrt fortsetzen konnte. Die Mitfahrer mußten jedoch am Abend die Feststellung machen, daß ihnen ein Teil der Vorne gestohlen war. A. a. fehlten 50 Pfund Margarine.

Eisenhain. Schwere Bluttat in Erdborn. Der Fleischhacker Wilhelm Cube in Erdborn geriet mit einem anderen Mann in Streit, in dessen Verlauf er eine blutende Kopfverletzung davontrug. Er holte eine Laternenlampe und steckte auf die Straße, um seinen Gegner zu jagen. Zu diesem Augenblick fiel ein Stein und Cube stürzte mit dem Kopf „Schön angeschlossen“ in seine Wohnung zurück, wo er verstarb. Es wurden zahlreiche Vernehmungen vorgenommen, in deren Verlauf der Landwirt Karl Friedmann unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft verhaftet wurde. Besonders belastend für den Verhafteten ist die Tatsache, daß in seiner Wohnung ein Revolver gefunden wurde, der dem Verunglückten zugeschrieben werden kann. Der Verhaftete leugnet die Tat, gibt aber zu, daß in der Nähe des Tatorts befindlich zu haben.

Leipzig. Ueberfall auf eine Frau. Kurz vor 1 Uhr nachts trat in der Demmeringstraße in Leipzig ein unbekannter Mann plötzlich an eine auf dem Heimweg befindliche Arbeiterin mit den Worten heran: „Da bist Du ja, komm her“, faßte sie am Handgelenk und drückte sie mit dem Kopf gegen einen Gostandläder. Auf ihre Hilferufe ergriß er die Flucht nach der Zeuziger Str. zu und entkam.

Chemnitz. Schwere Straßenbahnunfall. An der Ecke der Ammaburger und Poststraße ereignete sich ein schwerer Straßenbahnunfall. Ein Einbahnwagen fuhr einem vom Faltpalast kommenden Straßenbahnwagen in die Flanke. Der Zusammenstoß war sehr heftig und beide Wagen wurden schwer beschädigt. Von den Insassen der Straßenbahnwagen wurde ein Fahrgast schwer, zwei andere leichter verletzt. Der Materialschaden ist erheblich. Die Ursache des Unglücks soll falsche Weichenstellung sein. Zur Zeit des Unfalls herrschte starker Nebel.

Hamburg. Unterbindung des kommunistischen Hungerkampfes auf Hamburg. Trotz des ergebnissen Verbotes verjüngen die Kommunisten, den Hungerkampf auf Hamburg durchzuführen. Nachdem bereits eine Gruppe Hensburger Kommunisten auf dem Marktplatz Hamburg kurz hinter Schleswig von der Polizei in Empfang genommen und nach Hensburg zurückgebracht wurde, ist ein weiterer Trupp in Stärke von 15 Mann der Weitemarj dabei unumgänglich gemacht worden, daß man sie festnimmt und in das Brecher Polizeigefängnis einleitet. Im Kreis Hensburg wurden weitere kommunistische Teilnehmer am Hungerkampf festgenommen, darunter drei Frauen. Während letztere wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, sind die Männer gleichfalls ins Brecher Polizeigefängnis überführt worden. Die Festgenommenen wurden, nachdem man sie verhöört hatte, nach Kiel geschickt.

Borunteruchung wegen der Bombenanschläge.

Berlin, 28. Januar. Vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin in der Vorunteruchung wegen der Bombenanschläge fand der Termin zur Prüfung der Saft von sechs Angeklugten statt. Die gegen sämtliche sechs Angeklugten erlassenen Haftbefehle wurden aufrechterhalten. Bei fünf Angeklugten hat die Strafkammer Befehle, die gegen ausreichende Sicherstellungsstellung aus der Haft zu entlassen, und zwar ist aufgelegt den Angeklugten Wit und Bahmann eine Sicherstellungsstellung von je 20 000 Reichsmark, den Angeklugten Mahnke und Becker eine solche von je 10 000 Reichsmark und den Angeklugten Weichow eine solche von 7000 Reichsmark. Gegenüber den laudenden Beschuldigten ist die Zutrittverweigerung, daß alle sechs Angeklugten gefändlich sind, an den Bombenanschlägen oder deren Vorbereitung beteiligt gewesen zu sein.

Mordtat eines Eiferüchtigen.

Die Ehefrau mit Beil und Messer ermordet.
Am 28. Januar.

Ein entsetzlicher Vorgang spielte sich am frühen Morgen in der Frankfurter Allee ab. Dort tödete der 30jährige Maschinenflicker Max Hagen in Gegenwart seines eifersüchtigen Ehepartners seine 24jährige Ehefrau Hedwig und verletzte dann, selbst an sich Hand anzulege, indem er sich die Pulsadern aufschnitt.

Als Nachhaken nach einem wüsten Austritt aus der Wohnung ein dumpfes Röcheln vernahm, benachrichtigten sie, nichts Gutes ahnend, die Polizei. Die Beamten erschrafen die Eingangstür und sahen ein graufames Bild. Die Frau, nur mit einem Hemd bedeckt, lag tot vor dem Bett. Geführt, Hals und Brust durch unglückliche Hiebunden zerfetzt. Der Eheemann lag noch lebend auf dem Boden und wurde nach Anlegung von Notverbanden ins Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht, wo er in fast hoffnungslosem Zustand darniederliegt. In einem Brief beschriftete er seine Frau der Untreue. Demnach ist das Motiv der graufamen Tat in Eifersucht zu suchen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

mitgeteilt von der Wirtschaftlichen Landesamt, Magdeburg, durch die Stadtparlasse zu Kemberg.

Die Entloftung der Reichsbank hat nach dem Medio-Ausweis weitere Fortschritte gemacht. Die gesamte Kapitalanlage verringerte sich in der zweiten Januarwoche um 483,3 Millionen auf 2 054,2 Millionen Mark. Infolge des Rückganges des Bestandes betrafte sich die Deckung der Noten durch Gold allein von 49,6 auf 54,5%, und die durch Gold und deckungsfähige Devisen von 88,4 auf 64%. Die anhaltend leichte Lage des Geldmarktes wird weiterhin noch gekennzeichnet durch die in der Reichsbank erfolgte Verdrückung des Diskontsatzes auf 8%. Auch die internationale Geldmarkt-lage ist noch im Zunehmen begriffen. Nach den Drei-Monats-Bilanzen per 31. Oktober 1923 haben sich die reinen Sparanlagen bei den zum Begriffe der Mitteldeutschen Landesbank gehörenden Sparkassen der Provinz Sachsen und der Preussischen Provinz Mark und Anhalt und Anhalt gegenüber dem 31. August 1923 um rund 23 Millionen auf ca. 665 Millionen erhöht. Bei den betreffenden tätiger Sparkassen allein betragen die Einlagen bei einem Anwachs von ca. 6%, Millionen per Ende Oktober 1923 ca. 183 Millionen Mark.

In der Zeit zur Veröffentlichung gelangten Außenhandelsbilanz per Dezember mit ein Ausfuhrüberschuß von 50 Millionen Mark nachgewiesen. Wenngleich die Erhöhung der Aktivität an und für sich erfreulich ist, so wird das Gesamtbild doch nicht unerheblich beeinträchtigt durch den Umstand, daß nicht allein die Einfuhr, sondern auch die Ausfuhr, besonders die der Fertigwaren, dem Umfang nach wesentlich kleiner geworden ist. Die Arbeitslosigkeit hat weiter zugenommen und lediglich die Zahl von 2 Millionen Hauptunterstützungsempfänger erreicht. Der Staat hat die Konjunkturforschung berichtet hierzu, daß eine nicht unbedeutliche Zahl der gegenwärtigen Steigerung der Arbeitslosigkeit auf eine Verschlechterung der Konjunkturlage zurückzuführen sei. Auch der andauernde Rückgang der amtlichen Großhandelsindex gegenüber der Vorwoche ist dies von 133,1 auf 132,4 gestiegen — muß als langsame Verschlechterung des Jahresabganges beim, als ein Entweichen der Konjunktur gewertet werden.

Vater sagt zur Mutter:

„Wenn das Mädchen in die Apotheke, in die Drogerie oder ins Reformhaus geht, soll es Plüg's „Walflora“-Sträupelpulver und die kostlose Vorfröchte nicht vergessen.“

Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 31. Januar, abends 8 Uhr in der Propstiel Bibelstunde von Jan. Propst Vertram.

Rugholz-Verkauf

Mittwoch, den 5. Februar etc., von 10 Uhr ab, sollen im Hotel „Zur Weintraube“ in Gräfenhainichen öffentlich meistbietend verkauft werden:

Aus dem Revier **Schöna** (Aushiebe Abtl. 1—12)

Laubholz: 7 Stück = 5,59 fm (Ei. und Bu.)

Kiefer: 309 Stück = 152,66 fm.

Aus dem Revier **Shielsenhaide** (Planierungen und Aushiebe im ganzen Revier):

Laubholz: 112 Stück = 52,12 fm (Ei., Bu., Vi.)

Nadelholz: 674 Stück = 352,96 fm (K. und F.)

Aufmaßlisten auf Wunsch.

Schöna, den 22. Januar 1930.

Die Forstverwaltung.

©. Böhlenz.

Prima
Weizenmehl
empfehlen **Schüge, Feichmühle**
Rote Rüben
(Vorzüch empfohlen)
Meerrettich, Zwiebeln
u. m. empfiehlt händlg
Emma Heinicke, Lebensmittelgeisl.

Butterbrotpapier
in Rollen
empfehlen **Richard Arnold**

Günstige Gelegenheit
für
Radfahrer!
Wegen Aufgabe des Radrennsports
verlaufen wir sämtliches
Rein- und Touren-Material
zum spottbilligen Preis
50 — 80, Anhalter Str. 1c

Guterhaltene
Dachziegel
(Wiberschwänze)
wegen Mangel sofort preiswert
abzugeben
Bruno Büttner, Rotta

An die geehrte Einwohnerschaft
von Kemberg und Umgegend

Hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß ich in Kitzberg eine Filiale meines Gräfenhainicher Geschäftes eröffne. Ich bitte schon heute, bei allen geplanten

Malerarbeiten

sich meines Unternehmens erinnern zu wollen. Ich bin in der Lage, alle vorkommenden Maler-Aufträge und Tapezierer-Arbeiten bei billiger Preisberechnung modern und sauber zur Ausführung zu bringen. Machen Sie einen Besuch und Sie werden überzeugt sein. Ich bitte, vorläufig etwaige Aufträge oder Anfragen an untenstehende Adresse zu senden. Mein Besuch erfolgt dann sofort und unverbindlich. Porto wird zurückertattet.

In der Hoffnung, der Einwohnerschaft recht oft dienen zu können, zeichnet mich dieser Vorauslegung

F. Eberhardt, Malermeister
Gräfenhainichen, Wittenberger Str. 7

PP. Ich suche in Kemberg ein als Kontor geeignetes **Zimmer**, ebenfalls eine kleinere **Werkstatt oder Schuppen**. Angebote bitte mit Preis- und Lageangabe an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. D. D.

Morgen Donnerstag
empfehle von 3 Uhr ab
in feinsten Qualität:
Windbeutel u.
Schillerlocken
mit Schlagsahne
Cremeschnitte
Apfelstrudel
Plunderhörchen
ff. Pfannkuchen
Ernst Wend
Bäckerei - Conditorei
Telefon 338

Morgen Donnerstag von 2 Uhr
irische
Schaum-, Fasten-,
Mohn- und Rummel-
Brezeln
sowie täglich frisches
Kaffee- und Tee-Gebäck
D. Herrmann, Bäckerei

Empfehle Donnerstag mittag
ab 1 Uhr
Schaum- und
Fasten-Brezeln
Bäckerei Matthes
Fischmehl
Futterkaff
(Originalbeutel 10 und 20 Pfund)

Gerstenschrot
Kokoskuchen
empfehlen **Schüge, Feichmühle**

M. - T. - V.
Mittwoch abend 7/9 Uhr
in der Turnhalle
Turnen d. Altersriege
Mitglieder, die sich an diesem Turnen
der Älteren noch beteiligen wollen,
werden hierdurch eingeladen
Der Turnrat.

Jugend-Verein
Morgen Donnerstag abend 7/9 Uhr
im Jugendheim
General-Versammlung
Erscheinen aller Mitglieder erwünscht
Der Vorstand

Markt „**Blauer Hecht**“ Markt

Am Sonntag, abends punkt halb 9 Uhr
Hunderttausend Dollar Belohnung!
Einer der größten Fred Thomson-Filme
Ein Bandit von Ehre
Der größte Ritt des Wunderpferdes Silberfalke
Der Räuberhauptmann von Missouri, der König der
Cowboys, Fred Thomson in einer historischen Gestalt,
die zur Zeit der amerikanischen Bürgerkriege gelebt hat.
Tot oder lebendig.
Die Regierung hat einen Preis von 100000 Dollar auf
seinen Kopf ausgesetzt. Vierzehn Jahre lang lebte er
als Ausgestossener und als Verächter der Gesetze. Im
Film erlebt er seine Wiederauferstehung. Die Feder am
Hut — ein Lächeln auf den Lippen, so stürmten sie
einher, die Zügel in den Zähnen, in jeder Hand eine
Pistole, der Schrecken der Nordarmee.
Außerdem ein außerordentlich
reichhaltiges Beiprogramm.

Zentralverband der Arbeits-Invaliden
Ortsgruppe Kemberg
Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr bei
Em Armer (Café Armer, Markt)
öffentliche Versammlung
zu der alle Invaliden, Unfall-, Fürsorge- und Sozialrenten-Empfänger
eingeladen werden. Vorher von 1/2 3—3 Uhr
Mitglieder-Versammlung
Der Vorstand

Aterig.
Sonntag, den 2. Februar, von abends 7 Uhr an
Preis-Maskenball
Die drei besten, die zwei originellsten
und die erste Maske im Saal erhalten
Preis. Eintritt 50 Pfennig.
Es ladet freundlichst ein
E. Gersbeck

Merkwitz Sonntag, den 2. Februar
großer Vereins-
Preis-Maskenball
Einlaß der Masken 7 Uhr
Der Vorstand und der Wirt
Es ladet freundlichst ein

Weisse Woche
beginnt Sonnabend, den 1. Februar.

Weißwaren und Wäsche von bester Qualität
gelangen in dieser Woche zu erstaunlich billigen Preisen zum Verkauf. Zur Beschaffung
von Ausstattungen, Betten, Gardinen oder zur Ergänzung der Wäsche-Vorräte ist für
Jedermann diese Veranstaltung eine
besonders günstige Einkaufsgelegenheit!

Auf besonderen Tischen ausgelegt:
Tischwäsche, Bettwäsche mit kleinen Fehlern aus
einer ersten schlesischen
Weberei
Angestaubte Wäsche, Reste, Abschnitte aller Art
bedeutend unter Preis.

Seit
120 Jahren
Qualitäts-
Ware

Große
Dekoration

Spitzen-Reste
zu außergewöhnlich billigen Preisen

**Großeinkauf bringt
kleine Preise**

Durch meine Zugehörigkeit zum Großein-
kaufs-Konzern
Mitex
preiswerte Großstadt-Angebote

C. G. Holtzhausen, Wittenberg

Extra billige Angebote
in Uhren aller Ausführungen.
Gold- und Silberwaren
in allen Qualitäten
Geschenkartikel für jede Gelegenheit!
Wein- und Likörservice
komplett und einzeln
Lederhandtaschen
mit und ohne Reißverschluss

Besichtigen Sie bitte meine Schaufenster
— und überzeugen Sie sich selbst —

Otto Leibnitz - Uhrmacher
Kemberg, Leipziger Straße 35

Für alle Beweise der Teilnahme, anlässlich der Bei-
setzung unserer lieben Entschlafenen, durch Wort, Ge-
sang und Kranzspenden, danken wir auf diesem Wege
allen recht herzlich.

Familien Klaves und Wend.

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend



Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagblatt" und "Aufführtes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preiskarte oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise, Reklamespalte 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedeutend gezeigter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— Mk. das Saubere, unbedeutend Polzeigebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 12

Donnerstag, den 30. Januar 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

Der neue Leiter der russischen Handelsvertretung in Berlin, Njubimow, sprach in einer Presseverankerung über die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland.

Im Reichstag wurde das Zündholzmonopolgesetz in dritter Beratung angenommen, worauf sich das Haus bis zum 3. Februar vertagte.

In der Frage der Großen Koalition in Preußen ist bisher immer noch nicht die Entscheidung gefallen.

Ein Antrag des Landvolkes Deutscher fordert zu einer Parteieingliederung, der vorkommend national Reichsvereiner, auf.

Das Sanierungswert für Kasse und Etat.

Dr. Moldenhauer über die Reichsfinanzen.

Der Reichstag trat am Montag wieder zusammen, um die zweite Beratung des Zündwarenmonopolgesetzes vorzunehmen.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

Nachdem bei dieser Gelegenheit zu einer größeren Rede über die Lage der Reichsfinanzen das Wort. Er wies zunächst darauf hin, daß die deutsche Zündwarenindustrie in ihrem Bestande gefährdet sei, und daß die Tarifautoren selbst das Monopol dringend wünschten. Für die Genossenschaftsfabriken sei ein betrieblicher Interessenausgleich gefunden. Die Bedingungen der mit dem Monopol verbundenen Anleihe seien nicht ungünstig. Zur Kassenlage erinnerte der Minister daran, daß er bei seinem Amtsantritt das Finanzprogramm der Regierung, das 900 Millionen Mark Steuerentlastungen vorsah, und das Gesetz über den Tilgungsanleihe in Höhe von 450 Millionen vorgelegten habe. Beide Verpflichtungen sollten erfüllt werden.

Ausdrücklich betonte der Minister aber, daß die Schuldenlastung das Primäre sein müsse.

Die Voraussetzungen, unter denen die Reichsregierung im Dezember ihr Finanzprogramm vorgelegt habe, hätten sich inzwischen wesentlich verschoben. Die Steuerentlastungen seien in einem Maße hinter den Schätzungen zurückgeblieben, daß die ursprüngliche Absicht, das Defizit des Jahres 1928 im Jahre 1929 abzuwickeln, nicht mehr verwirklicht werden könne. Gerade vom Standpunkt der Wirtschaft aus sei auch eine endgültige Bereinigung der Kassen- und Kassenlage ein dringendes Erfordernis. Der Minister gab dann ein reiches Zahlenmaterial, aus dem sich ergab, daß der Kassenbedarf genau wie Ende Dezember auch Ende März rund 1700 Millionen betragen werde. Zur Deckung dieses Kassenbedarfs werde etwa ein Betrag von 90 Millionen Mark fehlen, für dessen Beschaffung die erforderlichen Verhandlungen eingeleitet seien. Der Minister gab dann noch einen Ausblick auf die Zeit bis Ende September, der sich mit seinen Mitteilungen im Haushaltsausblick deckt.

Er betonte zum Schluss, daß die Krüger-Anleihe zur Konsolidierung der Kassenlage unbedingt erforderlich sei.

Die Aussprache eröffnete dann der Finanzadjunkt Dr. Grottel, der Sozialdemokraten Dr. Herz. Er stimmte den Ausführungen des Ministers über die Finanzlage zu, aus denen sich die wichtige Erkenntnis ergebe, daß im Jahre 1930 von Steuerentlastungen irgendwelcher Art nicht die Rede sein könne, sondern daß im Gegenteil die Einführung neuer Steuerentlastungen notwendig werden müßten. Unter Zurücklassung ihrer wirtschaftspolitischen Bedenken werde seine Partei der Vorlage zustimmen, da es sich um ein zeitlich des großzügigen Sanierungswerts für Kasse und Etat des Reiches handele.

Abgeordneter Menckel (DnL) betonte, nicht der Schutz der deutschen Zündwarenindustrie, sondern die Finanznot und die verhängende Krüger-Anleihe seien für die Regierung die Triebfeder zur Einführung der Vorlage gewesen. Für die deutsche Zündwarenindustrie hätte man besser als durch ein Monopol sorgen können durch Zölle und Einfuhrverbote gegen die missliche Konkurrenz. Die Vorlage sei die Folge der unglücklichen Finanzpolitik Silberdingens. Die Deutschnationalen würden das Gesetz ablehnen. Abgeordneter Dr. Köhler (Ztr.) hält das Gesetz für notwendig, weil das Sperrgesetz sich als unzureichendes Mittel zum Schutz der deutschen Zündwarenindustrie erwiesen habe. Ein weiterer Grund zur Durchführung des Gesetzes sei die schwierige Finanzlage des Reiches. Das Zentrum würde daher der Vorlage zustimmen. Abgeordneter E. n. b. (Komm.) wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie in der Genossenschaftsfrage vor den bürgerlichen Parteien kapituliert hätten. Alle Parteien hätten sich zum Kampfe gegen die billigen Sowjetwaren bereitigt.

Abgeordneter Dr. Pfeiffer (D. Ep.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu der Vorlage in der Ausdrucksfassung. Darin liege ein Opfer der wirtschaftlichen Überzeugung. Grundrichtig sei die Volkspartei gegen Monopol. Im Ausschuss seien die Bestimmungen aber wesentlich verbessert worden. In der jetzigen Fassung sei das Gesetz für die Volkspartei annehmbar. Abgeordneter Bornmann (N. P.) führt aus, die Vorlage verleihe den Verfallungsgrund der Gleichberechtigung, welche die Konsumvereine dem Einzelhandel gegenüber bevorzugen würden. Demnach könne die Vorlage nur mit Zweidrittelmehrheit Gesetz werden. Abgeordneter F. l. i. h. e. a. (Dem.) hielt gegenüber den Bestimmungen des Sperrgesetzes in der Ausdrucksfassung der

Monopolvorlage eine Verbesserung zu Gunsten des Einzelhandels.

Abgeordneter Rauch von der Bayer. Volkspartei stimmt den Vorschlägen der Koalitionsparteien zu und ist — trotz verschiedener Bedenken — für die Annahme der Vorlage, während der Vertreter der christlich-sozialen Bauern das Gesetz ablehnt.

Zündholzmonopolgesetz angenommen.

Reichstag bis 5. Februar vertagt.

— Berlin, 29. Januar.

Der Reichstag erledigte die dritte Beratung des Zündholzmonopolgesetzes. Eine große Aussprache gab es dabei nicht mehr. Nur die Deutschnationalen, das Zentrum und die Kommunisten schieden noch Redner vor.

Der deutschnationale Abgeordnete Herzog beschloß sich mit der Kassenlage und nannte die Auskünfte des Ministers nicht voll befriedigend. Die Wirtschaft leide mit großer Sorge in die Zukunft. Zu einer Umkehrung der Wirtschaft, die die Voraussetzung für die Durchführung des Young-Plans sei, fehle seine Partei nach den Erfahrungen des Ministers nicht die geringste Möglichkeit.

Der Redner des Zentrums, Abgeordneter Schlot, verteidigte die Sonderbestimmungen zu Gunsten der Kon-



des Wählers gegenüber der Person des Gewählten maßgebend ist.

Der Antrag enthält eine große Anzahl von Namensunterchriften, deren Träger jedoch bisher in der Öffentlichkeit nicht hervorgetreten sind.

Die preussischen Koalitionsverhandlungen.

Eine interfraktionelle Sitzung.

— Berlin, 28. Januar.

Die Verhandlungen über die preussische Koalitionsverweiterung sind dadurch in ein neues Stadium getreten, daß nach den gekürzten persönlichen Besprechungen eine interfraktionelle Sitzung der bisherigen Koalitionsparteien unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Braun stattfand. Uebereinstimmung bestand zwischen den Koalitionsparteien, daß die Wiederherstellung der Großen Koalition erwünscht sei.

Uebereinstimmend wurden auch Bedenken gegen die Schaffung eines Ministerpostens ohne Portfeuille zum Ausdruck gebracht. Dieser Gedanke widerspricht dem Staatsrechtsantrag, der auch für Preußen und für die preussischen Finanzen besteht. Es bleibt zu überlegen, ob nicht die Schaffung eines parlamentarischen Staatssekretariats, das mit einem höheren Beamten, der der Deutschen Volkspartei angehört, besetzt werden soll, politisch und sachlich zweckmäßiger ist.

Zu der Frage der Belegung des Kultusministeriums erklärten die Demokraten, daß gegen die Person des als Amtwärters genannten sozialdemokratischen Abgeordneten König keine Bedenken beständen. Es müßte aber darauf, aufmerksam gemacht werden, daß der gegenwärtige Staatssekretär im Kultusministerium Kammer des katholischen Bekenntnis angehört. König ist Mitglied und es müßte gerade bei unieren kulturellen Gegensätzen auf die Interessen der

evangelischen Bevölkerung die notwendige Rücksicht genommen werden.

Wie in politischen Kreisen verlautet, war ein Teil der Zentrumsfraktion des Landtages bereit, sich mit dem Abgeordneten König als Kultusminister abzufinden. In der interfraktionellen Sitzung aber wandte sich, nachdem die demokratische Stellungnahme bekannt geworden war, in Uebereinstimmung mit dieser Stellungnahme der Zentrumsvertreter gegen die vorgeschlagene Belegung. Von sozialdemokratischer Seite wurde der Anspruch auf Belegung des Kultusministeriums aufrecht erhalten und die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird über ihre weitere Haltung Bescheid lassen. Von Zentrumsseite wurde noch betont, daß die Zentrumsfraktion nicht bereit sei, einen ihrer drei Ministerposten aufzugeben.

Die preussischen Ministerfessel . . .

Weitere Beratungen über die Große Koalition.

— Berlin, 29. Januar.

Im Preussischen Landtag gehen die Besprechungen über die Bildung der Großen Koalition weiter. Es hat nicht den Anschein, daß schon in den nächsten Tagen eine Lösung gefunden wird.

In der Sitzung der Deutschen Volkspartei steht man das Angebot des Handelsministeriums und des Postens eines Ministers ohne Portfeuille als keine geeignete Grundlage an, die der Volkspartei es ermöglicht, in die Regierung einzutreten.

Die Zentrumsfraktion des Landtages beschloß sich mit der Stellung, die sie zu der weiteren Beratung des Haushalts einnehmen will. Es wurde auch die Koalitionsfrage besprochen, ohne daß ein Beschluß gefaßt wurde. Die Beratungen über diese Frage sollen fortgesetzt werden.

Dr. Heß hatte zum Ausdruck gebracht, daß angefaßt der Landtag, daß für die Demokraten der sozialdemokratische Abgeordnete König als Kultusminister nicht tragbar sei, der Abgeordnete König auch für das Zentrum nicht mehr in Frage kommen könne. Weitend sei für diese Stellung des Zentrums der Gedanke, daß berechtigte Wünsche des evangelischen Volksteiles Berücksichtigung verdienen.

Da die Wünsche des Zentrums durch einen katholischen Staatssekretär ihre Vertretung finden, müsse man Parteilich überlassen. Im übrigen war in der interfraktionellen Besprechung weiter erklärt worden, daß das Zentrum auf die Forderung, einen Ministerposten aufzugeben, nicht eingehen könne.

Auch in der Sitzung der Sozialdemokraten wurde ein Beschluß nicht gefaßt. Offenbar will man es dem Ministerpräsidenten Dr. Braun überlassen, einen geeigneten Weg vorzuschlagen, der aus den Schwierigkeiten herausführt. Es wurde bei weiteren die Frage erörtert, ob angefaßt der Demokraten eine Regierungsbildung ohne Demokraten sich ermöglichen läßt, so daß in der Regierung nur Zentrum, Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei vertreten sind. Man dürfte jedoch nicht festlegen in der Annahme, daß die Volkspartei für diesen Vorstoß taun zu haben ist.

Preussischer Landtag und Saager Abkommen.

Berlin, 29. Januar. Im Preussischen Landtag wurde bei Abstimmungen zum Bergbaugesetz neben einer Reihe von Anträgen auf Hebung des preussischen Bergbaues insbesondere auch der Antrag angenommen, der das Staatsministerium ersucht, bei den Verhandlungen über die Mühlgräberung des Saargebietes mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die Saargruben und die dortigen Kohlenfelder ungeschmälert in den alleinigen Besitz Preußens und Bayerns zurückgelangen und daß die berechtigten Interessen der Bergarbeiter ausreichend gewahrt werden. — Annahme fand auch ein Antrag auf Wahrung der Belange des preussischen Bergbaues bei dem Abschluß des Handelsvertrages mit Polen und auf Beschränkung des polnischen Einfuhrkontingents auf ein Maß, das den schwerleidenden schlesischen Kohlenrevieren die wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten sichert.

Bayerische Volkspartei und Saager Abkommen.

Berlin, 29. Januar. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei verhandelte in Gegenwart des Ministerpräsidenten Dr. Held, des bayerischen Finanzministers Dr. Schmiele, des Reichspostministers Dr. Schäfer und des Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, Schiffer, eingehend über das Saager Abkommen, ohne daß bindende Beschlüsse gefaßt worden wären.

Eine norwegische Gruppe der Panuropa-Bewegung.

Oslo, 29. Januar. In Oslo wurde eine norwegische Gruppe der Panuropa-Bewegung gegründet. Die Neugründung gilt der Orientierung über die Panuropa-Bewegung und der ihr verbundenen Bewegungen. Gleichgültig soll sie den norwegischen Standpunkt für diese Bewegung vermitteln. Zum Vorsitzenden der Gruppe wurde Kristoff Ranzen, zum zweiten Vorsitzenden Ministerpräsident Mowindem gewählt.